

Inhalt

Verzeichnis der Abkürzungen	XIII
Schrifttum zum Allgemeinen Teil des BGB	XVII

Einleitung

§ 1. Das BGB als gesetzliche Grundlage des deutschen Privatrechts	1
I. Begriff und Quellen des Privatrechts	1
a) Das Privatrecht im Unterschied zum öffentlichen Recht – b) Das bürgerliche Recht als Teil des Privatrechts – c) Die Quellen des Privatrechts	
II. Die Vorgeschichte des BGB	14
III. Das Verhältnis des BGB zum Landesprivatrecht und sein Geltungsbereich	18
a) Das Verhältnis zum Landesprivatrecht – b) Der zeitliche Geltungsbereich des Gesetzes – c) Der räumliche Geltungsbereich des Gesetzes (Kollisionsrecht)	
IV. Denkstil, Sprache und System des Gesetzes	23
a) Der Denkstil des Gesetzes – b) Die Sprache des Gesetzes – c) Die Systematik des Gesetzes	
V. Zwingende (unabdingbare) und nachgiebige (dispositive) Regeln	31
§ 2. Der ethische Personalismus als geistige Grundlage des BGB	33
I. Die Person als ethischer Grundbegriff	33
II. Die Transponierung des ethischen Personbegriffs in die Sphäre des Privatrechts	35
a) Die Person als Subjekt von Rechten – b) Die Person als Adressat von Rechtspflichten – c) Die Verantwortlichkeit der Person für Unrecht – d) Das Eigentum, die rechtlich anerkannte Sachherrschaft – e) Die Privatautonomie und die Selbstbindung im Vertrag	
III. Der formale Personbegriff des BGB	42
IV. Der Vertrauensgrundsatz im BGB	43
V. Das Prinzip der ausgleichenden Vertragsgerechtigkeit	45
§ 3. Die Fortbildung des Bürgerlichen Rechts bis zur Gegenwart	48
I. Allgemeine Entwicklungstendenzen; die Ausgliederung des Arbeitsrechts	48
II. Die Verstärkung der sozialen Komponente im Vertragsrecht	56
a) Der Mieterschutz – b) Der Käuferschutz – c) Richterliche Kontrolle allgemeiner Geschäftsbedingungen	
III. Haftungen ohne Verschulden	62
IV. Die soziale Bindung des Eigentums	65
V. Die Umgestaltung des Familienrechts	67
§ 4. Auslegung und richterliche Fortbildung des Gesetzes. Der Einfluß des Grundgesetzes	71
I. Wandlungen der juristischen Methode seit Inkrafttreten des BGB	72
II. Kriterien der Gesetzesauslegung und der richterlichen Rechtsfortbildung	76
III. Die Bedeutung des Grundgesetzes für die Auslegung und Fortbildung des Privatrechts	82

Inhalt

Erstes Kapitel. Die Personen

A. Natürliche Personen

§ 5. Die Rechtsfähigkeit des Menschen	88
I. Der Begriff der Rechtsfähigkeit	88
II. Beginn und Ende der Rechtsfähigkeit	91
III. Beweisfragen. Die Todeserklärung wegen Verschollenheit	95
§ 6. Die Geschäftsfähigkeit und die Deliktsfähigkeit	98
I. Die für die Geschäftsfähigkeit bedeutsamen Umstände	99
a) Altersstufen und geistige Gesundheit – b) Die Entmündigung	
II. Die Bedeutung der Geschäftsunfähigkeit	105
III. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	107
a) Gültige Geschäfte des beschränkt Geschäftsfähigen – b) Nichtige und schwebend unwirksame (genehmigungsfähige) Geschäfte des beschränkt Geschäftsfähigen – c) Fälle erweiterter Geschäftsfähigkeit eines Minderjährigen	
IV. Die Deliktsfähigkeit	117
§ 7. Name, Wohnsitz und Staatsangehörigkeit	118
I. Der Name	118
II. Der Wohnsitz	120
III. Die Staatsangehörigkeit	123
§ 8. Der Persönlichkeitsschutz	124
I. Das Namensrecht und andere besondere Persönlichkeitsrechte	124
II. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	128

B. Juristische Personen

§ 9. Vereinigungen und juristische Personen des Privatrechts im allgemeinen	131
I. Begriff und Arten der „juristischen Personen“	132
II. Typen der privatrechtlichen Vereinigungen und der gemeinschaftlichen Rechtszuständigkeit	137
§ 10. Der Verein	148
I. Gründung und Erlangung der Rechtsfähigkeit	149
a) Die Gründung des Vereins – b) Die Erlangung der Rechtsfähigkeit – c) Der Verein im Übergangsstadium	
II. Die Vereinsorgane	157
a) Die Mitgliederversammlung – b) Der Vorstand – c) Sonstige Organe – d) Die Haftung des Vereins für Handlungen seiner Organe	
III. Die Mitgliedschaft	167
a) Rechte und Pflichten der Mitglieder – b) Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft	
IV. Zulässigkeit und Grenzen einer Vereinsstrafgewalt	173
V. Verlust der Rechtsfähigkeit und Auflösung des Vereins	177
VI. Der nichtrechtsfähige Verein	179
§ 11. Die rechtsfähige Stiftung	190

Zweites Kapitel. Rechtsverhältnisse und subjektive Rechte

§ 12. Rechtsverhältnisse	194
I. Die Struktur des Rechtsverhältnisses	194

II. Die Elemente der Rechtsverhältnisse	200
a) Einzelrechte und Befugnisse – b) Erwerbsaussichten – c) Rechtspflichten und sonstige Gebundenheiten – d) Obliegenheiten – e) Zuständigkeiten	
III. Die Rechtsstellung im Rechtsverhältnis und ihr Übergang	207
§ 13. Subjektive Rechte	209
I. Der Begriff des „subjektiven Rechts“	210
II. Typen subjektiver Rechte	214
III. Allwirksame (absolute) und relative Rechte	228
IV. Die Grenzen der subjektiven Rechte	231
a) Schikaneverbot und andere Fälle unzulässiger Rechtsausübung – b) Die Verwirkung von Rechten	
V. Erwerb, Übertragung und Endigung der Rechte	237
a) Originärer und derivativer Rechtserwerb – b) Einzel- und Gesamtnachfolge – c) Endigungsgründe	
§ 14. Ansprüche und Einreden	243
I. Der Anspruchsbegriff und seine Funktion im Rechtssystem	243
II. Die Einrede als Gegenrecht gegen den Anspruch	248
III. Die Verjährung der Ansprüche	252
a) Verjährungsfristen – b) Hemmung, Ablaufhemmung, Unterbrechung der Verjährung – c) Der verjährte Anspruch	
IV. Anspruchskonkurrenz und Mehrheit der Anspruchsgrundlagen	263
§ 15. Zulässige Verteidigung und Selbsthilfe	269
I. Die Notwehr	270
a) Die Voraussetzungen der Notwehr – b) Die Grenzen der Notwehr – c) Die Rechtsfolgen	
II. Notstand	276
III. Selbsthilfe	278
a) Voraussetzungen und Ausmaß erlaubter Selbsthilfe – b) Die Risikohaftung des im entschuldbaren Irrtum Handelnden	

Drittes Kapitel. Die Rechtsgegenstände und das Vermögen

§ 16. Rechtsgegenstände	281
I. Rechtsgegenstände im allgemeinen	281
II. Sachen	283
a) Sachen als körperliche Rechtsgegenstände 1. Ordnung – b) Rechtlich bedeutsame Arten der Sachen – c) Sacheinheit und Sachmehrheit – d) Sachbestandteile – e) Sachzubehör	
III. Unkörperliche Rechtsgegenstände 1. Ordnung	296
IV. Rechtsgegenstände 2. Ordnung (Verfügungsgegenstände)	299
V. Früchte und Nutzungen	301
§ 17. Das Vermögen	304
I. Der Vermögensbegriff des BGB	304
II. Das Vermögen als Haftungsobjekt	307
III. Sondervermögen	310
a) Mehrere Vermögen desselben Inhabers – b) Gemeinschaftliches Vermögen mehrerer Inhaber	

Viertes Kapitel. Rechtsgeschäfte

A. Rechtsgeschäfte im allgemeinen

§ 18. Begriff und Arten des Rechtsgeschäfts	314
I. Der Tatbestand des Rechtsgeschäfts	314
II. Arten der Rechtsgeschäfte	318
a) Einseitige und mehrseitige Rechtsgeschäfte; Verträge und Beschlüsse – b) Schuldrechtliche, sachenrechtliche, familien- und erbrechtliche Geschäfte – c) Verpflichtungs-, Verfügungs- und Erwerbsgeschäfte – d) Kausale und abstrakte Geschäfte; Zuwendungen – e) Entgeltliche und unentgeltliche Geschäfte	
§ 19. Die Willenserklärung; ihre Auslegung	332
I. Die Willenserklärung als Geltungserklärung und als Akt sozialer Kommunikation . . .	333
II. Die Auslegung der Willenserklärung	337
a) Die Auslegung empfangsbedürftiger Erklärungen – b) Gegenstand und Mittel der Auslegung – c) Exkurs: Auslegung und Formgebundenheit – d) Die Bedeutung der Verkehrssitte für die Auslegung – e) Erklärungen an einen unbestimmten Personenkreis – f) Auslegung letztwilliger Verfügungen – g) Materiale Auslegungsregeln und ergänzendes Gesetzesrecht – h) Beweislast und Revisibilität des Auslegungsergebnisses	
III. Erklärungsbewußtsein oder Zurechenbarkeit der Erklärungsbedeutung?	354
IV. Schweigen und sonstiges schlüssiges Verhalten als Willenserklärung	357
a) Erklärung durch Schweigen in einer bestimmten Situation – b) Erklärung durch sonstiges „schlüssiges Verhalten“ – c) Schweigen an Erklärungs Statt (Normiertes Schweigen)	
§ 20. Die mangelhafte Willenserklärung.	362
I. Geheimer Vorbehalt, Scherzerklärung, Scheingeschäft	363
a) Geheimer Vorbehalt – b) Nicht ernstlich gemeinte Erklärung – c) Scheingeschäft	
II. Der einseitige Irrtum	369
a) Der Erklärungsirrtum und einige zweifelhafte Fälle – b) Der Motivirrtum; insbesondere der Eigenschaftsirrtum – c) Die Irrtumsanfechtung und der Ersatz des Vertrauensschadens – d) Einschränkungen des Anwendungsbereichs der Irrtumsanfechtung	
III. Der beiderseitige Irrtum über die subjektive Geschäftsgrundlage	391
IV. Arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	397
a) Die Anfechtung wegen arglistiger Täuschung – b) Die Anfechtung wegen widerrechtlicher Drohung – c) Anfechtungsfrist. Andere Rechtsbehelfe	
§ 21. Form, Abgabe und Zugang der Willenserklärungen.	406
I. Geschäftsformen	406
a) Die einzelnen Arten der Geschäftsformen – b) Die Folgen des Formverstößes – c) Durch Rechtsgeschäft bestimmte Form	
II. Abgabe und Zugang der Erklärung	417
a) Die Abgabe der Erklärung – b) Der Zugang als Zeitpunkt des Wirksamwerdens empfangsbedürftiger Erklärungen unter Abwesenden – c) Das Wirksamwerden von nicht verkörperten Erklärungen	
§ 22. Anforderungen an den Inhalt eines gültigen Rechtsgeschäfts	427
I. Allgemeines. Zwingende Vorschriften	428
II. Gesetzlich verbotene Geschäfte	429
III. Sittenwidrige Geschäfte	435

a) Allgemeines – b) Typische Fälle sittenwidriger Geschäfte – c) Weitere Fragen der Anwendung des § 138 Abs. 1 – d) Das wucherische Geschäft gemäß § 138 Abs. 2	
§ 23. Arten der Unwirksamkeit eines Rechtsgeschäfts	453
I. Nichtig Rechtsgeschäfte	454
II. Teilweise Nichtigkeit	457
a) Die Einheitlichkeit des Geschäfts – b) Die Teilbarkeit des Geschäfts – c) Der Maßstab des hypothetischen Parteiwillens – d) Die Nichtanwendbarkeit des § 139 mit Rücksicht auf den Zweck der Verbotsnorm – e) Einschränkung des § 139 mit Rücksicht auf „Treu und Glauben“	
III. Umdeutung nichtiger Rechtsgeschäfte (Konversion)	467
IV. Relative Unwirksamkeit einer Verfügung	471
V. Anfechtbare Rechtsgeschäfte	476
a) Die Anfechtung als einseitiges gestaltendes Rechtsgeschäft – b) Das Anfechtungsrecht als Gestaltungsrecht – c) Die Rechtslage nach erfolgter Anfechtung	
VI. Schwebend unwirksame Geschäfte	482
§ 24. Zustimmungsbefürftige Geschäfte; Konvaleszenz.	484
§ 25. Bedingte und befristete Geschäfte	491
I. Bedeutung, Arten und Abgrenzung der durch Rechtsgeschäft bestimmten Bedingung	491
II. Die Zulässigkeit der Bedingung und der Befristung	496
III. Die aufschiebende Bedingung	498
a) Eintritt und Ausfall der Bedingung – b) Die Rechtslage während des Schwebezustandes – c) Das Anwartschaftsrecht des Erwerbers	
IV. Die auflösende Bedingung	505
V. Die Befristung	508
§ 26. Die analoge Anwendung der Vorschriften über Rechtsgeschäfte auf „geschäftähnliche“ Handlungen.	511

B. Verträge

§ 27. Der normale Vertragsschluß durch Willenserklärungen	515
I. Das Vertragsangebot	517
a) Die rechtlichen Erfordernisse eines Vertragsangebots – b) Die zeitliche Begrenzung des Angebots – c) Die Gebundenheit an das Angebot und die Rechtsposition des Empfängers	
II. Die Annahmeerklärung	523
III. Die Übereinstimmung der Parteien, der sogenannte Konsens	525
§ 28. Die Annahme des Vertragsangebots durch rechtsgeschäftliche Willensbetätigungen	529
I. Erfüllungs- und Gebrauchshandlungen als Annahme	530
II. Vertragsschluß durch sozialtypisches Verhalten?	534
§ 29. Die vertragliche Regelung	536
I. Der Inhalt der Regelung als Ergebnis der ergänzenden Vertragsauslegung	536
II. Die ergänzende Vertragsauslegung und das dispositive Recht	546
III. Abänderung und Aufhebung des Vertragsverhältnisses	548
§ 29a. Vertragsschluß unter Verwendung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	550
I. Allgemeine Geschäftsbedingungen als Vertragsbestandteil	551
a) Die gesetzliche Definition – b) Die Einbeziehung in den Vertrag	

Inhalt

II. Die Auslegung Allgemeiner Geschäftsbedingungen; der Vorrang von Individualabreden	557
III. Die Inhaltskontrolle	560
a) Gegenstand der Inhaltskontrolle – b) Einzelne Klauselverbote – c) Die Generalklausel des § 9 AGBG – d) Die Rechtsfolgen der Unwirksamkeit – e) Die Inhaltskontrolle bei der Verwendung von AGB gegenüber Kaufleuten. Einschränkungen des Anwendungsbereichs des Gesetzes	
IV. Das Verfahren zur Überprüfung Allgemeiner Geschäftsbedingungen	578
V. Räumlicher und zeitlicher Geltungsbereich des Gesetzes; Umgebungsverbot	580
<i>C. Rechtsgeschäftliches Handeln in Vertretung eines anderen</i>	
§ 30. Wesen, Voraussetzungen und Rechtsfolgen der unmittelbaren Stellvertretung	582
I. Das Wesen der Stellvertretung	583
a) Begriff und Zwecke der unmittelbaren Stellvertretung – b) Abgrenzungen: mittelbare Stellvertretung, treuhänderische Berechtigung, Abschlußvermittlung – c) Stellvertreter und Bote	
II. Die Voraussetzungen wirksamer Stellvertretung	593
a) Die Vertretungsmacht – b) Das Handeln im Namen des Vertretenen und „unter fremdem Namen“ – c) Voraussetzungen in der Person des Vertreters	
III. Die Rechtsfolgen wirksamer Stellvertretung	611
§ 31. Die Vollmacht	613
I. Die Bedeutung der Vollmacht als rechtsgeschäftlich erteilter Vertretungsmacht	613
a) Vollmacht und Innenverhältnis – b) Die Untervollmacht	
II. Die Erteilung der Vollmacht. Bevollmächtigung und Vertretergeschäft	618
III. Das Erlöschen der Vollmacht	622
a) Die Erlöschensgründe im allgemeinen – b) Die unwiderrufliche Vollmacht	
§ 32. Vertreterhandeln ohne Vertretungsmacht	626
I. Die Folgen für den Vertretenen und für den Geschäftsgegner	627
II. Die Folgen für den Vertreter	629
<i>D</i>	
§ 33. Die Rechtsscheinhaftung als Ergänzung zur Haftung aus Rechtsgeschäften	634
I. Die Rechtsscheinhaftung im Recht der Stellvertretung	635
a) Der Rechtsschein der Erteilung einer Vollmacht – b) Der Rechtsschein des Fortbestehens einer Vollmacht	
II. Die Rechtsscheinhaftung in Verbindung mit der Abtretung einer Forderung	642
III. Die Haftung aus einer weisungswidrig ausgefüllten Blanketturkunde	644
IV. Normiertes Schweigen im kaufmännischen Verkehr	646
Fünftes Kapitel. Vorschriften über Fristen, Termine und Sicherheitsleistung	
§ 34. Die Auslegung von Frist- und Terminbestimmungen	651
§ 35. Vorschriften über Sicherheitsleistung	654
Sachverzeichnis	659
Verzeichnis der Gesetzesstellen	667